Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) im Landesamt für Finanzen

Version: Beschwerdestelle - 3.0 Stand 20.02.2024

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in diesem Dokument die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Landesamt für Finanzen (LfF) verarbeitet als Landesbehörde Ihre personenbezogenen Daten. Wir informieren Sie deshalb, welche personenbezogenen Daten wir erheben, zu welchen Zwecken wir die Daten erheben und über weitere Hintergründe zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Darüber hinaus informieren wir Sie über Ihre Rechte im Datenschutz und Ihre Ansprechpartner im LfF für Fragen zur Verarbeitung Ihrer Daten und zu Ihren Rechten.

1. Das LfF

Dem LfF obliegt die Zahlbarmachung der Bezüge von Beamten sowie Versorgungsempfängern und der Entgelte von Arbeitnehmern, von Zuschüssen zu Krankheitskosten (Beihilfe) und die Auszahlung von dienstlich bezogenen Reisekosten. Auch die Aufgaben des Amts für Wiedergutmachung fallen in den Aufgabenbereich des LfF.

Das LfF hat darüber hinaus für zahlreiche staatsnahe Institutionen die Lohnzahlung übernommen und zählt zu den größten "Lohnbüros" des Landes Rheinland-Pfalz. Wir betreuen ca. 180.000 Zahlfälle des Landes.

2. Ihre Ansprechpartner

Die Datenverarbeitung erfolgt durch das:

Landesamt für Finanzen
Hoevelstraße 10
56073 Koblenz

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

Landesamt für Finanzen
Datenschutzbeauftragter
Hoevelstraße 10
56073 Koblenz

Bitte nutzen Sie für telefonische oder elektronische Anfragen folgende Kontaktdaten:

Telefon: 0261-4933-37921
Telefax: 0261-4933-67921
E-Mail: DSGVO.Poststelle@lff.rlp.de

3. Zu welchen Zwecken verarbeiten wir personenbezogene Daten?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer dienstlichen Aufgaben. Im konkreten Fall haben Sie eine Beschwerde eingereicht. Die personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Anliegens verarbeitet.

4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir? Wie erheben wir die Daten?

Zur Bearbeitung und Beantwortung werden zunächst die in Ihrer Beschwerde enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeitet. Darüber hinaus werden ggfls. notwendige Daten/Auskünfte/Stellungnahmen (aus anderen Fachdezernaten wie beispielsweise dem Bezügedezernat) beigezogen bzw. angefordert.
Ihr Anliegen erhält ein eigenes Aktenzeichen für die Bearbeitung im Bereich der Beschwerdestelle.
Sowohl Ihre Anfrage als auch die Beantwortung und ggfls. beigezogene Stellungnahmen werden in der Akte des jeweils betroffenen Fachdezernats (Besoldung und Versorgung, Entgelt für Arbeitnehmer, Beihilfe, etc.) abgelegt.
Gleichzeitig wird bei der Beschwerdestelle eine Beschwerdeliste geführt sowie die zugehörige Antwort der Beschwerde abgelegt.

Je nach Inhalt Ihres Anliegens unterscheiden sich die personenbezogenen Daten, die von der Beschwerdestelle verarbeitet werden. Wir verarbeiten z.B. die folgenden personenbezogenen Daten:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktdaten
  (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum und –ort, Familienstand, E-Mail Adresse, Telefonnummer)

- Für die Bearbeitung Ihres Anliegens notwendige Daten
  (z.B. personenbezogene Daten zu Bezügen/Entgelt/Beihilfen etc.)

5. Welche Empfänger erhalten personenbezogene Daten?

Alle personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen unserer gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, werden von uns nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zugelassen ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Sollte Ihre Beschwerde über eine übergeordnete Behörde oder den Bürgerbeauftragten an uns herangetragen werden, erhält diese Stelle ebenfalls eine Kopie der Antwort bzw. eine Stellungnahme zu dem Sachverhalt.

6. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie sie für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich sind bzw. solange gesetzliche Aufbewahrungsfristen dies vorschreiben.

Die in der Akte des jeweils betroffenen Fachdezernats (Besoldung und Versorgung, Entgelt für Arbeitnehmer, Beihilfe, etc.) abgelegten Dokumente werden analog der jeweils geltenden fachbezogenen Aufbewahrungsfristen aufbewahrt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, die in der Beschwerdeliste geführt werden bzw. bei der Beschwerdestelle vorgehalten werden, erfolgt unter Zugrundelegung der regelmäßigen gesetzlichen Verjährungsfrist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB).
Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre.
Die regelmäßige Verjährungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung abgeschlossen ist.

7. Wie erfolgt die Datenverarbeitung?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt im Bereich der Beschwerdestelle grundsätzlich individuell, da jedes Anliegen in der Regel einzelfallbezogen ist.

8. Datenübermittlung an ein Drittland

Eine Datenübermittlung an ein Drittland erfolgt grundsätzlich nicht.

9. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Die DS-GVO gewährt Ihnen verschiedene Rechte, die im Nachfolgenden kurz aufgeführt sind. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den Artikeln 15 – 18 und 20, 21 der DS-GVO.

- **Recht auf Auskunft**
  Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Antrag sollten Sie Ihr Anliegen vortragen, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.
- **Recht auf Berichtigung**
  Sollten Ihre personenbezogenen Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, können Sie eine Berichtigung oder Vervollständigung verlangen.
- **Recht auf Löschung**
  Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch hängt u.a. davon ab, ob die betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
  Sie können die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- **Recht auf Widerspruch**
  Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nur nachkommen, wenn an der Verarbeitung kein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder keine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.
- **Widerruf der Einwilligung**
  Erfolgt die Verarbeitung Ihrer Daten aufgrund einer Einwilligung, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Darüber hinaus haben Sie ein Beschwerderecht:
Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe nach Art. 77 DS-GVO mit einer Beschwerde an eine Aufsichtsbehörde wenden.

Aufsichtsbehörde in Rheinland-Pfalz:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Prof. Dr. Dieter Kugelmann
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: 06131 8920-0
Telefax: 06131 8920-299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Allgemeiner Hinweis zu diesen Rechten:
In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall den Grund für die Verweigerung mit. Grundsätzlich werden wir Ihnen innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie zeitnah eine Zwischennachricht.

10. Hier finden Sie weiterführende Informationen

Weiterführende Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter https://www.lff.rlp.de und auf der Homepage des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz unter https://www.datenschutz.rlp.de.